

Vetorecht bei neuen Asylzentren?

Geht es nach dem Schwyzer SVP-Ständerat Pirmin Schwander, sollen Standortgemeinden neue Bundesasylzentren mit einem Vetorecht verhindern können.

Er hat diese Woche eine entsprechende Motion eingereicht. Der Bundesrat soll eine Anpassung des Asylgesetzes vorlegen und die erforderlichen Massnahmen ergreifen, «damit die Schaffung neuer Asylzentren des Bundes bei Nichtzustimmung (Veto) der betroffenen Standortgemeinden ausgeschlossen wird». Davon soll nur abgewichen werden können, wenn gleichzeitig Asylnotstands-Massnahmen ergriffen werden, das heisst, wenn die Voraussetzungen für die Asylgewährung und die Rechtsstellung der Flüchtlinge eingeschränkt und besondere Verfahrensbestimmungen aufgestellt werden.

«Akzeptanz des Asylwesens nicht weiter gefährden»

Schwander begründet seine Motionsforderung damit, dass die heutige Praxis des Bundes die Gemeinden und die lokale Bevölkerung bei Eröffnung neuer Asylzentren regelmässig vor grosse Herausforderungen stellen würde. «Neue Asylzentren bringen erhebliche Belastungen, Probleme und Unsicherheiten mit sich», so Schwander, insbesondere das Verhalten einiger Asylsuchender. Die polizeiliche Kriminalstatistik spreche eine klare Sprache.

Der Bund lasse «das erforderliche Fingerspitzengefühl» bei der Planung neuer Asylzentren immer wieder vermissen. «Solche Entscheide von oben herab darf es in der direktdemokratischen Schweiz nicht geben», so Ständerat Schwander. Es gehe auch darum, die Akzeptanz des Asylwesens nicht weiter zu gefährden. Die berechtigten Sicherheitsanliegen und Sorgen der lokalen Bevölkerung müssten ernst genommen werden. Deshalb sei den betroffenen Standortgemeinden ein Vetorecht gegenüber neuen Bundesasylzentren einzuräumen. (mri)

Erneuter Wechsel bei Schwyz Tourismus und neue Strategie

Der Verwaltungsrat von Schwyz Tourismus hat Urs Eberhard zum neuen Präsidenten gewählt. Im Fokus steht nun die Umsetzung der neuen Strategie und die Besetzung sowie Einführung einer neuen Geschäftsführung.

An der 8. Generalversammlung von Schwyz Tourismus am vergangenen Montag sind «die Weichen für die zweite Phase der neuen Strategie» gestellt worden, wie Schwyz Tourismus in seiner Mitteilung schreibt. Der Verwaltungsrat habe einstimmig beschlossen, «dass es in dieser Phase Konsistenz braucht und die Rolle des Verwaltungsratspräsidenten weiterhin intern besetzt werden soll».

Garaventa brachte Vorschlag ein

Giacomo Garaventa war in den letzten knapp neun Monaten als Präsident im Amt. Er habe die erste Phase der neuen strategischen Ausrichtung der Organisation «massgeblich vorangetrieben». In der an die GV anschliessenden Verwaltungsratsitzung habe Garaventa Verwaltungsratsmitglied Urs Eberhard als seinen Nachfolger vorgeschlagen. Dessen Wahl erfolgte einstimmig. Urs Eberhard ist seit 2023 Verwaltungsratspräsident der Rigi Plus AG und seither Verwaltungsrat von Schwyz Tourismus. Zuvor war er in führenden Funktionen von Schweiz Tourismus, unter anderem von 2004 bis 2022 Vizedirektor.

Der bisherige Verwaltungsratspräsident Giacomo Garaventa verbleibt im Verwaltungsrat von Schwyz Tourismus als Vertreter der Erlebnisregion Mythen. «Dank seines grossen persönlichen Einsatzes» konnten die laufenden Projekte neu organisiert und die Organisation am neuen Standort in Brunnen schlank aufgestellt werden, wird in der Mitteilung betont.

Urs Eberhard, der neue Präsident, freue sich auf seine neue Herausforderung. Er betont: «Ins Zentrum meiner Tätigkeit stelle ich eine partnerschaftliche und partizipative Zusammenarbeit mit den vier Tourismusregionen und Gastro Schwyz zum Wohl von Gästen, touristischen Leistungsträgern, aber auch der lokalen Bevölkerung im Kanton Schwyz.» Die Schwyz Tourismus



Giacomo Garaventa (r.) übergibt in Brunnen an Urs Eberhard, von wo aus Schwyz Tourismus seit Anfang dieses Jahres wirkt. Bild: zvg

AG besteht aus den vier Tourismusregionen Einsiedeln-Ybrig-Zürichsee, Erlebnisregion Mythen, Rigi – Berg und

See und Stoos-Muotatal sowie Gastro Schwyz.

Strategische Neuausrichtung

An der GV wurde weiter die neue, vom VR verabschiedete Strategie präsentiert. Sie umfasst drei Kernelemente: die Besinnung auf die Stärken des touristischen Kantons Schwyz, die Sensibilisierung von Bevölkerung, Behörden und Organisationen für touristische Themen sowie die Zusammenarbeit mit den grossen Tourismusorganisationen Schweiz Tourismus, Zürich Tourismus und Luzern Tourismus AG.

Die GV habe auch sichtbar gemacht, «welch grosser Rückhalt die neue strategische Fokussierung bei den fünf Aktionären geniesst». Zum Digitalisierungsprojekt, das 2025 bei der Analyse der Organisation vom VR als «zu überdimensioniert» beurteilt worden war, ist in der jüngsten Mitteilung

nichts zu lesen. Das Projekt sollte indes «in einer reduzierten und für Schwyz Tourismus zielführenden, tragbaren Form» weitergeführt werden.

Neue Geschäftsleitung gesucht

Im neuen Geschäftsjahr steht für Schwyz Tourismus der Olma-Gastauftritt des Kantons Schwyz in St. Gallen, die Errichtung des Alperlebniswegs Mythenregion und die Zusammenarbeit mit Ächt Schwyz im Fokus. Übergeordnet zentral sei die Besetzung und Einführung der neuen Geschäftsführung sowie die «Implementierung der geschärften strategischen Ausrichtung».

Aktuell wird Schwyz Tourismus interimistisch von Kurt Betschart geführt, seines Zeichens Geschäftsführer der Brunnen Schwyz Marketing AG, in deren Räumlichkeiten Schwyz Tourismus aktuell angesiedelt ist. (mri)

«Ins Zentrum meiner Tätigkeit stelle ich eine partnerschaftliche und partizipative Zusammenarbeit mit den vier Tourismusregionen und Gastro Schwyz.»

Urs Eberhard
Präsident von Schwyz Tourismus

«Frye Schwyzer» fordern volle Einsicht in den Beschluss der Regierung zu Microsoft als IT-Standard

Die «Frye Schwyzer» um IT-Unternehmer Josef Ender haben den Regierungsentscheid bezüglich Microsoft als IT-Standard in der Verwaltung angefordert, aber einen «geschwärtzen» Bericht erhalten. Sie wollen ganze Einsicht und dass Open-Source-Software bevorzugt wird.

In der kantonalen Verwaltung ist Microsoft-365-Welt zum Standard erklärt worden, die Umsetzung läuft (wir berichteten). Die Schwyzer Regierung hat diesen strategischen Entscheid gefällt im Wissen, dass ein theoretisches Risiko bestehe. Die USA könnten über den US CLOUD Act Einsicht in sensible Daten erhalten, teilte der Kanton kürzlich auf eine Kleine Anfrage von Kantonsrat Thomas Grieder (FDP, Wollerau) mit.

Für die Fryen Schwyzer um den Ibächler Josef Ender, IT-Unternehmer, ist das Risiko nicht nur ein theoretisches. Der Bund warne seit Jahren, Schwyz ignoriere das, wie Josef Ender in seiner Mitteilung von vergangener Woche schreibt.

«Was hat der Kanton zu verbergen?»

Man habe vor zwei Monaten die Entscheidungsgrundlagen zum Microsoft-365-Entscheid der Schwyzer Regierung

«Viele Steuergelder werden ausgegeben, aber der Steuerzahler soll die Entscheidungsgrundlage nicht erfahren»

Josef Ender
IT-Unternehmer und Mitbegründer «Frye Schwyzer»

angefordert. Nun sei die Antwort erfolgt. «Der Regierungsrat will sowohl die Machbarkeits- wie auch die Risikoanalyse verheimlichen. Der zugestellte Beschluss des Regierungsrates ist zu grossen Teilen geschwärtzt», teilt Ender mit und fragt: «Was hat der Kanton zu verstecken?»

Der Beschluss lege immerhin einige Zahlen offen: Der Kanton zahle 1,2 Mio. pro Jahr für Microsoft-Lizenzen und für die Einführung habe der Kanton bereits rund 1,5 Mio Fr. gesprochen. Dazu würden drei neue Vollzeitstellen kommen für insgesamt 480 000 Fr. pro Jahr. «Viele Steuergelder werden ausgegeben, aber der Steuerzahler soll die Entscheidungsgrundlage nicht erfahren», moniert Ender.

Zudem sei die Evaluation des Kantons von Anfang an auf Microsoft 365 ausgerichtet gewesen. Im Beschluss stehe, er sei «nahezu alternativlos», doch ein Vergleich mit Alternativen sei nicht

durchgeführt worden. «Es gab also keine wirkliche Evaluation zwischen verschiedenen Lösungen sondern einen Beschaffungsentschluss mit vorgefasstem Ergebnis», schreibt Ender dazu.

Ungeschwärtzter Bericht gefordert

Laut IT-Unternehmer Ender wären Alternativen durchaus vorhanden. Der Regierungsrat bezeichne Open-Source-Software indes als «unausgereift». Bekanntlich sei indes das weltweit meistverbreitetste Betriebssystem Android Open Source und «fast das gesamte Internet wird auf Basis von Open Source betrieben». Laut Regierungsratsbeschluss dürften besonders schützenswerte Personendaten der Schwyzer in der Cloud des US-Konzerns gespeichert werden. «Der Kanton will aber umgekehrt die Grundlagen für seine Entscheide der Bevölkerung nicht offenlegen. Ein Widerspruch», wie Ender weiter betont.

Die Fryen Schwyzer fordern deshalb «digitale Freiheit und Souveränität im Kanton Schwyz». Die Steuerzahler sollen vom Regierungsrat dazu transparent informiert werden. Der Regierungsratsbeschluss soll ungeschwärtzt veröffentlicht werden sowie die zugrunde liegenden Dokumente wie die Machbarkeitsstudie und Risikoanalyse.

Geht es nach Enders Fryen Schwyzern, soll der Einsatz von Open-Source-Software in der Verwaltung bevorzugt werden und der Betrieb der eigenen IT-Infrastruktur durch den Kanton erfolgen sowie lokale Anbieter bevorzugt werden, wenn IT-Dienste ausgelagert würden. Ender betont dazu weiter: «Schwyzer Daten gehören in den Kanton oder mindestens in der Schweiz gespeichert sowie dem Schweizer Recht unterstellt.» Dies biete den besten Schutz, höchste Verfügbarkeit sowie sichersten und schnellsten Zugriff. (mri)